



Abschied

26.1.2022 – Die Abgeordneten des Landtags haben Abschied von ihrem Kollegen Hubertus Kramer genommen. Vor Beginn der Plenarsitzung gedachten sie mit einer Schweigeminute des SPD-Politikers aus Gelvesberg, der am 24.1.2022 nach schwerer Krankheit im Alter von 62 Jahren gestorben war. Auf dem Sitzplatz des Abgeordneten lag ein Blumenbouquet. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigte Kramer als Kommunalpolitiker mit „Leidenschaft und Augenmaß“ und Landespolitiker, der sein Mandat „stets mit großer Verlässlichkeit und Geradlinigkeit“ wahrgenommen habe. Seine Offenheit und Warmherzigkeit hätten ihn über Fraktionsgrenzen hinweg beliebt gemacht. Der im Kreis Olpe geborene Journalist gehörte dem Landtag seit 2005 an. Zuletzt war er Mitglied des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie des Innenausschusses.

Kinderschutz

26.1.2022 – Die Landesregierung von CDU und FDP hat einen Entwurf für ein Landeskinderschutzgesetz NRW in Verbindung mit Änderungen am Kinderbildungsgesetz ([17/16232](#) Neudruck) in den Landtag eingebracht. Anlass sind die Missbrauchsskandale der vergangenen Jahre. „Es ist gut, dass die öffentlich bekannt gewordenen Fälle in der Gesellschaft eine gesteigerte Sensibilität für die Thematik hervorgerufen haben“, heißt es in dem Entwurf. Mit dem geplanten Gesetz solle die staatliche Rolle im Kinderschutz präzisiert und qualitativ gestärkt werden. Geplant ist demnach, die Regelungen zur Rechtsposition von Kindern und Jugendlichen, beispielsweise bei Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, klarzustellen. Darüber hinaus sollen u. a. Leitlinien für Kinderschutzkonzepte präzisiert werden, um mögliche Gefährdungen frühzeitig zu erkennen und ihnen angemessen

begegnen zu können. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen.

Hochwasserkatastrophe

26.1.2022 – Die Landesregierung soll ein Traumazentrum für die von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 Betroffenen einrichten. Dies hat die SPD-Fraktion in einem Antrag ([17/16281](#)) gefordert. Erforderlich sei eine Kooperation mit „Akteuren der seelischen Gesundheit“. Das Zentrum solle mit Ärztinnen und Ärzten sowie psycho- und soziotherapeutischen Fachkräften besetzt werden. „Zu erleben, wie sich unaufhörlich Wassermassen ansammeln und zu gefährlichen Fluten werden, die Sicherheit des eigenen Zuhauses bedroht zu sehen und gar um das eigene Leben oder das von geliebten Menschen zu fürchten – das wirkt sich nachhaltig auf das seelische Wohlbefinden und die seelische Gesundheit aus“, schreibt die Fraktion. Die Katastrophe belaste viele Menschen in den Gebieten, „insbesondere auch Kinder und Jugendliche“. Notwendig sei eine „deutliche Verbesserung der psychiatrischen sowie psychotherapeutischen Regelversorgung in den betroffenen Regionen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD hatten für den Antrag gestimmt.

Quartiere

26.1.2022 – Die Grünen-Fraktion möchte Quartiere in Städten und Gemeinden stärken. „Für die Menschen ist ihr Quartier der Ausgangspunkt ihres Lebens“, heißt es in einem Antrag ([17/16267](#)), der an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen wurde. Die Fraktion fordert eine „inklusive, kultursensible und generationen- und geschlechtergerechte Quartiersentwicklung“. Die Landesregierung solle u. a. sogenannte Heimat-Schecks weiterentwickeln, mit denen beispielsweise kleinere Nachbar-

schaftsprojekte gefördert werden. Sie solle Kommunen zudem unterstützen, Angebote der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege auszubauen sowie die Quartiersarbeit zu fördern. Außerdem sei die Landesbauordnung anzupassen, „sodass alle Wohnungen im Neubau barrierefrei gebaut werden und genügend rollstuhlge-rechter Wohnraum geschaffen wird, damit eine Mischung von Wohnraumangeboten für alle Nutzergruppen erreicht wird“. Ergänzend zu den Mitteln der Städtebauförderung müsse die Landesregierung „ausreichend Fördermittel für den barrierefreien Stadtumbau“ zur Verfügung stellen.

Hebammen

26.1.2022 – Der Landtag hat das „Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen“ ([17/14305](#), [17/16297](#), [17/16354](#)) in 2. Lesung beschlossen. Für den Entwurf der Landesregierung stimmten CDU, FDP, Grüne und AfD bei Enthaltung der SPD. Ein Änderungsantrag von SPD und Grünen ([17/16358](#)) wurde abgelehnt. Hintergrund ist ein Beschluss des Bundes, der in Landesrecht umgesetzt werden muss. Demnach wird die Ausbildung zur Hebamme von einer dreijährigen, fachschulischen Ausbildung in ein duales Studium von mindestens sechs und höchstens acht Semestern überführt. Hebammen leisteten „einen unverzichtbaren Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung von Frauen während der Schwangerschaft, bei der Geburt, während des Wochenbetts und der Stillzeit sowie von Neugeborenen und Säuglingen“, heißt es in dem Gesetz. „Ziel ist deshalb, den Hebammenberuf zukunftsgerecht weiterzuentwickeln, attraktiver zu gestalten und die Qualität der Ausbildung nachhaltig zu verbessern.“

Wölfe

26.1.2022 – Die Rückkehr des Wolfs nach Nordrhein-Westfalen und die Folgen für Wei-



detierhalterinnen und -halter haben die Abgeordneten beschäftigt. Der Landtag verabschiedete einen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/16285](#)), mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, eine Wolfsverordnung vorzulegen. Darin müsse der Schutzanspruch der Öffentlichkeit formuliert werden. Die Fraktionen setzen sich zudem u. a. dafür ein, alle Möglichkeiten „des Vergrämens von Wölfen zu nutzen“ und die „rechtssichere Entnahme von verhaltensauffälligen Einzeltieren“ zu regeln. Für den Antrag stimmten CDU und FDP bei Gegenstimmen von SPD und AfD sowie Enthaltung der Grünen. Ein mitberatener Antrag der SPD-Fraktion ([17/14073](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt. Die Fraktion hatte ein Herdenschutzgesetz gefordert, mit dem u. a. Regelungen für ein „flächendeckendes Informations- und Beratungsnetz“ sowie hauptamtliche Wolfsberaterinnen und -berater hätten geschaffen werden sollen.

Bildung

26.1.2022 – Die Grünen-Fraktion fordert ein Umdenken in der Bildungspolitik. Während der Corona-Pandemie seien die Herausforderungen im Bildungssystem „allen deutlich vor Augen geführt worden“, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([17/16268](#)). Er wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen. Die „Bildungsungerechtigkeit“ sei während der Pandemie „verschärft“ worden, schreiben die Grünen. Die Fraktion fordert u. a. mehr Investitionen in Bildung und mehr pädagogische Souveränität für die Schulen. Sie dürften „nicht ausgebremst werden, wenn sie Erfahrungs- und Lernräume über das enge bürokratische Korsett ministerieller Verordnungen hinaus erweitern wollen“. Erforderlich seien zudem die „Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, das sich konsequent an der individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen ausrichtet“, sowie die „Entwicklung eines verbindlichen Leitbilds für alle Ebenen des Bildungssystems“.

Antisemitismus

27.1.2022 – Die Abgeordneten haben über eine Große Anfrage der AfD-Fraktion zum Thema Antisemitismus ([17/13571](#)) sowie die Antwort der Landesregierung ([17/15345](#)) diskutiert. „Äußerst unbefriedigend“, heißt es in der Anfrage, sei in parlamentarischen Debatten „die Verengung des Blickwinkels bei der Ursachenanalyse und der politischen Verortung des Antisemitismus“. Und weiter: „Erst dann, wenn dem Parlament, aber auch der Antisemitismusbeauftragten ein möglichst umfassendes Bild antisemitischer Einstellungen und Aktivitäten in NRW vorliegt sowie deren personalen und institutionellen Bezüge offengelegt worden sind, können zielgerichtete Maßnahmen vom Gesetzgeber und der Exekutive getroffen werden.“ Die Antwort der Landesregierung umfasst 67 Seiten und nimmt Stellung zu 17 Fragekomplexen, die u. a. die Themen „Antisemitismus im Linksextremismus“ und „Antisemitismus im Islamismus“ betreffen.

Naturschutz

27.1.2022 – Der Landtag hat in 2. Lesung ein Änderungsgesetz zum Naturschutzgesetz NRW verabschiedet. Bisher fehle ein einheitliches „Online-Fachinformationssystem zur schnellen und rechtssicheren Abwicklung von Agrarumwelt- und Vertragsnaturschutzmaßnahmen sowie des Ökolandbaus“, heißt es im Entwurf ([17/14066](#)) von CDU und FDP. Durch die Novellierung des Naturschutzgesetzes 2016 habe sich vor allem der „Bürokratieaufwand der unteren Naturschutzbehörden immens erhöht“. Der Flächenverlust für die heimische Landwirtschaft schreite voran. Dies Sorge zu einem Preisanstieg für Pachten und verteuere die Herstellung von Lebensmitteln. Ein „landesweites, digitales und öffentliches Kompensationskatalog“ solle Abhilfe schaffen. CDU und FDP stimmten für das Gesetz, SPD und Grüne dagegen. Die AfD enthielt sich.

Aktuelle Stunde zu PCR-Tests

28.1.2022 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über eine Priorisierung bei PCR-Tests und Konsequenzen für die Schulen debattiert. Die SPD-Fraktion hatte die Aussprache beantragt ([17/16346](#)). Bund und Länder hatten die Priorisierung angesichts knapp werdender Laborkapazitäten beschlossen. Die Landesregierung änderte daraufhin zu Beginn der Woche das „Lolli“-PCR-Testverfahren an den Grundschulen. **Jochen Ott** (SPD) sagte, das Vertrauen in die NRW-Schulpolitik schwinde rapide. Das „Fahren auf Sicht“ müsse ein Ende haben. Kinder und Jugendliche hätten ein Recht auf Bildung und körperliche Unversehrtheit. **Claudia Schlottmann** (CDU) wies darauf hin, dass es gelungen sei, einen „weitgehend normalen Schulunterricht“ in der Zeit der Pandemie aufrechtzuerhalten. Der Bund müsse die Kapazitäten von PCR-Tests dringend aufstocken. **Sigrid Beer** (Grüne) sprach angesichts der neuen Testregeln an Schulen von einem „Unwohlsein“ bei Eltern und Kindern, aber auch bei Lehrkräften. Die Schulen bräuchten „mehr Flexibilität im Umgang mit der Pandemie“. Sie müssten eigenverantwortlich entscheiden können. **Franziska Müller-Rech** (FDP) wies die Vorwürfe ihrer Vordrönerin zurück. Nordrhein-Westfalen gehe bei der Priorisierung der PCR-Tests den „gemeinsamen Weg der Bundesländer“. Es sei ein „drastischer, aber unausweichlicher Systemwechsel“. **Helmut Seifen** (AfD) warf der SPD Panikmache vor. Die AfD weise seit Langem auf die „medizinische Unsinnigkeit“ und die „katastrophalen Auswirkungen“ der Corona-Schutzmaßnahmen für die Menschen hin. Sie werde aber nicht gehört. Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) drückte ihr Bedauern über die kurzfristige Information zum neuen Testverfahren aus und bat um Verständnis. Ihr sei bewusst, dass Unmut ausgelöst worden sei. Diesen habe sie aber angesichts der Situation und der Dynamik „in Kauf nehmen müssen“. Der SPD warf sie vor, mit „Unterstellungen“ Unruhe an den Schulen zu stiften.